

Mündliche Anfragen

zur 33. Fragestunde

in der 129. Plenarsitzung vom 7. Mai 2015

1. Anfrage des Abg.
Ulrich Müller CDU

Eingang: 28. 04. 2015

Informationssperre zwischen den Schulen „aus Datenschutzgründen“

- a) Welche Kontakte gab es wann zwischen dem Kultusministerium und dem Landesdatenschutzbeauftragten, um die datenschutzrechtlichen Aspekte der Weitergabe/Nichtweitergabe der Grundschulempfehlung an die aufnehmende Schule zu klären bzw. datenschutzrechtliche Einwände zu überwinden?
- b) Welche Inhalte hat die von wem entwickelte datenschutzrechtliche Begründung der Nichtweitergabe der Grundschulempfehlung im Einzelnen?

2. Anfrage des Abg.
Tobias Wald CDU

Eingang: 28. 04. 2015

Kostentreiber für den Wohnungsbau

- a) Wie beurteilt die Landesregierung die von der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e. V. in Auftrag gegebene Untersuchung und Betrachtung der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Gestehungskosten und auf die aktuelle Kostenentwicklung von Wohnraum in Deutschland, insbesondere hinsichtlich der dort dargestellten aktuellen Entwicklungen in Bezug auf die Kostentreiber für den Wohnungsbau?
- b) Welche Maßnahmen hält sie für erforderlich, um diese maßgeblichen Kostentreiber zu begrenzen und die Rahmenbedingungen für das Bauen so zu gestalten, dass der wünschenswerte Ausbau von Wohnungen – insbesondere in Wachstumsregionen – weiter vorangebracht werden kann?

3. Anfrage des Abg.
Georg Wacker CDU

Eingang: 28. 04. 2015

Abrechnung von Vertretungsstunden

- a) Ab welcher Zahl von Vertretungsstunden kann eine Lehrkraft eine Mehrarbeitsvergütung beantragen?
- b) Bestehen weitere Vorgaben für die Abrechnung von Mehrarbeitsstunden seitens des Landes?

4. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP
- Eingang: 29. 04. 2015
- Denkmalschützerische Auflagen und Unterstützung des Landes für eine Sanierung des Landratsamts Schwäbisch Hall**
- a) Welche Anforderungen stellt die Landesregierung für eine bauliche Sanierung des unter Denkmalschutz gestellten Landratsamts Schwäbisch Hall?
- b) Mit welcher Unterstützung vonseiten des Landes können die Gebäudeeigentümer für den durch denkmalschützerische Vorschriften verursachten Mehraufwand rechnen?
5. Anfrage des Abg.
Dr. Reinhard Löffler CDU
- Eingang: 29. 04. 2015
- Zukunft der Produktion in Baden-Württemberg**
- a) Wie beurteilt die Landesregierung die Südwestmetall-Studie „Zukunft der Produktion in Baden-Württemberg“, insbesondere die dort dargestellte Abschwächung der Produktionskapazität an baden-württembergischen Standorten?
- b) Welche Maßnahmen will sie ergreifen, um diese Entwicklung abzuwenden und einen nachhaltigen Ausbau von Produktionskapazitäten am Standort zu gewährleisten?
6. Anfrage des Abg.
Klaus Herrmann CDU
- Eingang: 29. 04. 2015
- Gesetzesinitiative Elektromobilität**
- a) Teilt die Landesregierung – auch unter dem Gesichtspunkt der Zustimmungsfähigkeit am 8. Mai 2015 im Bundesrat – die Feststellungen der hessischen Bundesratsinitiative zur steuerlichen Förderung der Elektromobilität (BR-Drs. 114/15)?
- b) Welche steuerlichen Maßnahmen erscheinen aus ihrer Sicht angezeigt, um den wünschenswerten Ausbau der Elektromobilität weiter voranzubringen?
7. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP
- Eingang: 29. 04. 2015
- Zuteilung von Flüchtlingen an die Kreise zur vorläufigen Unterbringung in Standorten mit einer Landeserstaufnahmeeinrichtung**
- a) In welchem Umfang kann es in den Land- oder Stadtkreisen, die eine Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge haben bzw. haben werden, zur Reduzierung bei der Zuteilungsquote zur vorläufigen Unterbringung kommen bzw. in welchem Umfang kommt es dazu?
- b) Zu welcher konkreten Reduzierung kommt es aufgrund der geltenden Rechtsregeln bei den Standorten Ellwangen und Schwäbisch Hall bzw. welche konkrete Referenzanzahl an Erstaufnahmeplätzen in Karlsruhe wird herangezogen?
8. Anfrage des Abg.
Ulrich Lusche CDU
- Eingang: 30. 04. 2015
- Sachstand zur privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen für Grenzgänger aus der Schweiz**
- a) Wie beurteilt die Landesregierung die aktuell auftretenden Fragestellungen im Zusammenhang mit den am 1. Mai 2015 in Kraft getretenen Änderungen des Artikels 561 der Zollkodex-Durchführungsverordnung (ZK-DVO)?
- b) Wird die Landesregierung im Sinne der Betroffenen aus dem Land bei der EU-Kommission Initiativen für eine entsprechende Änderung entfalten?